

# Umwelt-Informationen

**IHK-UMFIS – Neuer Auftritt für das Umweltfirmen-  
Informationssystem der Industrie und Handelskammern**

**Politische Begründung des Umweltgesetzbuches**

**Umweltschadengesetz in Kraft**

**Emissionshandel: Nachträgliche Kürzungen bei Zertifikaten sind  
EU-konform**

**Klimawandel: Überblick über zentrale Aussagen des  
Weltklimaberichts**

# UMWELTINFORMATIONEN

Nr. 4 / 2007

<b>POLITIK UND RECHT.....</b>	<b>4</b>
<b>SAARLAND .....</b>	<b>4</b>
<i>Landesumweltinformationsgesetz veröffentlicht.....</i>	<i>4</i>
<i>Konzept zur Erhaltung der regionalen Biodiversität .....</i>	<i>4</i>
<i>IHK-UMFIS – Neuer Auftritt für das Umweltfirmen-Informationssystem der Industrie- und Handelskammern.....</i>	<i>4</i>
<b>RHEINLAND-PFALZ .....</b>	<b>5</b>
<i>Rheinland-Pfälzische Industrie senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen.....</i>	<i>5</i>
<b>BUND .....</b>	<b>6</b>
<i>Umweltgesetzbuch: Politische Begründung des Umweltgesetzbuches.....</i>	<i>6</i>
<i>Umweltschadensgesetz in Kraft .....</i>	<i>6</i>
<i>Genehmigungsverfahren werden reduziert und beschleunigt.....</i>	<i>6</i>
<i>Bundeskabinett beschließt nationale Strategie zur biologischen Vielfalt .....</i>	<i>7</i>
<i>Bundeswirtschaftsministerium legt nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan vor.....</i>	<i>7</i>
<i>Roadmap Biokraftstoffe vorgestellt.....</i>	<i>8</i>
<i>Deutscher Materialeffizienz-Preis 2007.....</i>	<i>8</i>
<i>UBA gibt Überblick über zentrale Aussagen des Weltklimaberichts .....</i>	<i>9</i>
<i>Solarstrom: Zubau, Import, Modulpreise in Deutschland höher als im Ausland .....</i>	<i>10</i>
<i>Energie: Sondergutachten zum Wettbewerb bei Strom und Gas.....</i>	<i>10</i>
<i>Strategie für Biomassenutzung gefordert.....</i>	<i>11</i>
<i>Luftqualität: Feinstaubbelastung aus Öfen und Kaminen.....</i>	<i>12</i>
<i>Luftqualität: Austausch mangelhafter Dieselmotoren.....</i>	<i>12</i>
<i>Verwendung arsenhaltiger Holzschutzmittel .....</i>	<i>12</i>
<b>EUROPÄISCHE UNION.....</b>	<b>13</b>
<i>EuGH begrenzt Kompetenz für (Umwelt-)Strafrecht.....</i>	<i>13</i>
<i>Naturschutzgebiete: Erweiterung des „Natura-2000“- Netzes.....</i>	<i>13</i>
<i>Energie: EEX plant Sieben-Tage-Handel.....</i>	<i>13</i>
<i>Emissionshandel: Nachträgliche Kürzungen bei Zertifikaten sind EU-konform .....</i>	<i>13</i>
<i>Abstimmung im Umweltausschuss zur Luftqualitätsrichtlinie .....</i>	<i>13</i>
<i>Luftqualität: Feinstaubbelastung in Europa unverändert.....</i>	<i>14</i>
<i>Keine Vertragsverletzung bei Grenzüberschreitung Feinstaub.....</i>	<i>14</i>
<i>Umweltausschuss schwächt Rahmenrichtlinie ab.....</i>	<i>14</i>
<i>Kommission beschließt Umweltprogramm für KMU.....</i>	<i>15</i>
<i>Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsstaaten .....</i>	<i>15</i>
<i>Europäisches Parlament hält Atomenergie für unverzichtbar .....</i>	<i>15</i>
<i>Bausteine für die Klimaschutzverhandlungen auf Bali .....</i>	<i>16</i>
<i>Wasser: Richtlinie über das Management von Hochwasserrisiken in Kraft.....</i>	<i>16</i>
<i>EU-Initiative mit USA und Kanada.....</i>	<i>16</i>
<i>Strengere Sicherheitsmaßnahmen für Spielzeug.....</i>	<i>17</i>
<b>NEUE VERFAHREN/PRODUKTE .....</b>	<b>17</b>
<b>FÖRDERPROGRAMME.....</b>	<b>19</b>
<b>RUBRIKEN .....</b>	<b>20</b>
<b>KURZ NOTIERT .....</b>	<b>20</b>
<b>VERANSTALTUNGSKALENDER.....</b>	<b>23</b>
<b>FÜR SIE GELESEN .....</b>	<b>24</b>
<b>RECYCLINGBÖRSE .....</b>	<b>24</b>

## Liebe Leserinnen und Leser,

2007 war das Jahr des Klimas. Nicht dass es vorher kein Klima gegeben hätte; und auch dessen häufig beklagter Wandel sollte nicht sonderlich überraschen. Dennoch haben viele, die etwas davon verstehen oder vorgeben, etwas davon zu verstehen, dieses Jahr intensiv genutzt, meist zu Meinungsäußerungen, manchmal zu Maßnahmen. Und die Liste ist lang, sie reicht vom Bericht von Sir Nicolas Stern über den Bericht des IPCC bis hin zur Klimakonferenz in Bali. Und auch bei den Akteuren findet sich ein wahres Kaleidoskop von Wissenschaftlern, Politikern und anderen Anspruchhaltern der Meinungsführerschaft.

Selten allerdings scheint die Machbarkeit oder gar die Finanzierbarkeit hinterfragt zu werden. Besonders, wenn auf Kernenergie und auf Kohle gleichzeitig verzichtet werden soll und bei nachwachsenden Rohstoffen unvermittelt Nutzungskonflikte auftauchen zwischen energetischer Nutzung und Nahrungsmittel. Bleibt zu hoffen, dass bei allen Bemühungen die Kosteneffizienz der politischen Ziele nicht auf der Strecke bleibt.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen auch diesmal eine gewinnbringende Lektüre.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein frohes Weihnachten, Gesundheit und Wohlergehen im Neuen Jahr, Ihnen und Ihrem Unternehmen wünschen wir den Erfolg, den Sie sich vorgenommen haben.

Ihre

**Arbeitsgemeinschaft  
der Industrie- und Handelskammern  
Rheinland-Pfalz und Saarland**

Herausgeber:  
Arbeitsgemeinschaft der  
Industrie- und Handelskammern  
Rheinland-Pfalz und Saarland

Ausgabe Saarland:  
Industrie- und Handelskammer  
des Saarlandes  
Franz-Josef-Röder-Straße 9  
66119 Saarbrücken

Ansprechpartner:  
Dr. Klaus Gärtner  
☎ (0681) 95 20-425  
☎ (0681) 95 20-888  
✉ [klaus.gaertner@saarland.ihk.de](mailto:klaus.gaertner@saarland.ihk.de)

Dr. Uwe Rentmeister  
☎ (0681) 95 20-430  
☎ (0681) 95 20-888  
✉ [uwe.rentmeister@saarland.ihk.de](mailto:uwe.rentmeister@saarland.ihk.de)

### SAARLAND

#### Landesumweltinformationsgesetz veröffentlicht

Das saarländische Umweltinformationsgesetz eröffnet weitgehende Einsicht in die Akten der Umweltverwaltung. Grundlage ist eine Richtlinie der EU (Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, ABL, EG Nr. L 41 S.26), die wiederum eine von Europa gezeichnete Konvention der UN/ECE umsetzt. Das neue Gesetz erweitert die Pflicht staatlicher Stellen zu aktiver Umweltinformation. Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bleibt bestehen.

Da der Bund bei der Umsetzung der Richtlinie keine bundesweit geltende Regelung zum Umweltinformationsgesetz getroffen hat, war jedes Bundesland gehalten, ein eigenes Landesgesetz zu erlassen. Das Bundesgesetz gilt somit für Bundesbehörden, das Landesgesetz für die Behörden des Saarlandes.

Fundstelle: Amtsblatt des Saarlandes vom 2. November 2007, Nr. 44, S. 2026

#### Konzept zur Erhaltung der regionalen Biodiversität

Als erstes Bundesland hat das Saarland ein „Konzept zur Erhaltung der regionalen Biodiversität“ vorgelegt. Das Konzept fasst Arten, Lebensgemeinschaften und Ökosystemtypen mit Saarland spezifischem Bezug zusammen. Bei der Vorstellung stellte Umweltminister Stefan Mörsdorf fest, Deutschland und Europa sei von den Auswirkungen eines weltweit zu verzeichnenden Artenrückgangs bislang noch wenig betroffen. Dennoch sollten Anstrengungen unternommen werden, um den Erhalt natürlicher Lebensräume das biologische Gleichgewicht und die Vielfalt genetischer Ressourcen zu gewährleisten.

Im Mai 2008 wird in Bonn eine UN-Naturschutzkonferenz stattfinden, die sich mit dem Erhalt der weltweiten Biodiversität befassen wird.

Das Konzept findet sich unter  [www.saarland.de/dokumente/thema\\_naturschutz/Biodiv110707.pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_naturschutz/Biodiv110707.pdf)

#### IHK-UMFIS – Neuer Auftritt für das Umweltfirmen-Informationssystem der Industrie- und Handelskammern

Immer wieder müssen Lösungen für spezielle umweltrelevante Fragestellungen gefunden werden. Sei es, dass ein Lieferant für eine spezielle Abluftreinigungsanlage gesucht wird oder dass das umwelttechnologische Know-how für die Optimierung eines komplexen Produktionsverfahrens gefragt ist.

#### Umwelt - Know-how - gesucht und gefunden

Angesichts des breit gefächerten Angebots innerhalb der deutschen Umweltwirtschaft gestaltet sich die Suche jedoch oftmals mühsam und zeitaufwändig. Mit der neuen Generation des Umweltfirmen-Informationssystems (UMFIS) verbessern die Industrie- und Handelskammern das Serviceangebot für Rat suchende Mitgliedsunternehmen und bieten mit diesem virtuellen Marktplatz zugleich einen umfassenden Überblick der deutschen Umweltbranche im Internet an. In der UMFIS-Online-Datenbank ( [www.umfis.de](http://www.umfis.de)) findet jeder mit nur wenigen „Klicks“ den gesuchten Geschäftspartner – egal, ob es sich um Hersteller, Händler oder Berater in der Umweltwirtschaft handelt.

Falls Sie beispielsweise

- den Energieverbrauch in Ihrem Unternehmen senken bzw. die Abfallentsorgung in ihrem Betrieb effizienter gestalten wollen,
- eine Genehmigung für eine neue oder erweiterte Anlage beantragen müssen,
- eine Zertifizierung nach EMAS oder ISO 14001 anstreben,
- einen Händler oder Hersteller für ein spezielles Produkt suchen,

- selbst Produkte oder Dienstleistungen für den Umweltschutz anbieten und Kooperations- oder Vertriebspartner suchen oder
- sich einen Überblick über den Umweltschutzmarkt in einer bestimmten Region oder in ganz Deutschland verschaffen wollen,

ist UMFIS, das Umweltfirmen-Informationssystem der Industrie- und Handelskammern, die geeignete Recherche-Plattform.

### **Breites Unternehmensspektrum**

Über 10.000 Firmen und Einrichtungen aus ganz Deutschland garantieren, dass eine Lösung auch für Ihr spezielles Anliegen gefunden wird. Neben Umwelttechnikherstellern, ausführenden Umweltdienstleistern, Beratungs- und Ingenieurbüros sind in der Datenbank auch Sachverständige, Gutachter sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen verzeichnet.

UMFIS bietet unter anderem:

- eine komfortable Online-Recherche nach Firmennamen, Tätigkeitsbereichen, Regionen, PLZ-Bereichen oder beliebigen Suchbegriffen,
- Ergebnislisten mit alphabetischer oder Postleitzahlen-Sortierung,
- einzeln druckbare Unternehmensprofile,
- Kontaktmöglichkeiten zu den ausgewählten Unternehmen sowie
- eine englischsprachige Rechercheoberfläche und englischsprachige Firmenprofile.

### **UMFIS – interessant auch für Anbieter**

Jedes Unternehmen, das Umweltprodukte, -technologien oder –dienstleistungen anbietet, kann sein Leistungsprofil kostenlos in UMFIS vorstellen. Hierzu können die entsprechenden Erhebungsbögen online im Internet unter [www.umfis.de](http://www.umfis.de) oder bei der IHK Saarland angefordert werden. Regelmäßige Aktualisierungen durch die betreuende IHK bürgen für eine hohe Qualität der abzurufenden Informationen.

Gehören Sie zur Gruppe der „anbietenden“ Unternehmen, sollten Sie die Vorteile einer Eintragung in UMFIS für das eigene Unternehmen nutzen:

- Potenzielle Kunden und Partner können direkt mit Ihnen Kontakt aufnehmen.
- Durch die englischsprachige UMFIS-Version ist Ihr Unternehmen auch auf den internationalen Märkten präsent.
- Institutionen und Organisationen, die die Vermarktung deutscher Umwelttechnologie im Ausland fördern, werden auf Sie aufmerksam.

UMFIS präsentiert das Know-how der deutschen Umweltwirtschaft in allen umweltrelevanten Bereichen: Energieeinsparung und Klimaschutz, Abfallverwertung und -entsorgung, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Gewässerschutz und Wassereinsparung, Natur- und Landschaftsschutz, Mess- und Regeltechnik, Umweltanalytik, Gefahrgut Umgang und Sicherheitstechnik, Bodenschutz und Altlastensanierung sowie Umweltmanagement. Mit der englischsprachigen Version wird die Spitzenposition der deutschen Wirtschaft im internationalen Umweltmarkt verdeutlicht und der direkte Weg ausländischer Investoren zu deutschen Anbietern gefördert.

Ihr Ansprechpartner für UMFIS bei der IHK Saarland:

Frau Ingrid Klein, ☎ (0681) 95 20-431, 📠 (0681) 95 20-489, ✉ [ingrid.klein@saarland.ihk.de](mailto:ingrid.klein@saarland.ihk.de)

## **RHEINLAND-PFALZ**

### **Rheinland-Pfälzische Industrie senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen**

Die Rheinland-Pfälzische Industrie hat ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 bis 2004 um über 16 Prozent verringert. Zwischen 2002 und 2004 konnte die Industrie ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um 12 Prozent senken. Da die Industrie deutliche Wachstumsraten aufweist, ist in diesem Sektor von einer Entkoppelung von Wachstum und

Energieverbrauch auszugehen. Die Industrie ist mit 13,5 Millionen Tonnen für 33 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Rheinland-Pfalz verantwortlich.

Dies ist ein wesentliches Ergebnis des 7. Energieberichts, den die Landesregierung jetzt vorlegte. Der Energiebericht enthält Informationen zur

- Struktur und Entwicklung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs,
- Energiepreisbildung und -entwicklung,
- Maßnahmen zur Energieeinsparung,
- Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien,
- Entwicklung des Ausstoßes von Kohlendioxid, Schwefeldioxid und Stickstoff.

Der Bericht ist im Internet zu finden unter:

 [http://www.mufv.rlp.de/fileadmin/img/inhalte/klima/Endfassung\\_7\\_Energiebericht.pdf](http://www.mufv.rlp.de/fileadmin/img/inhalte/klima/Endfassung_7_Energiebericht.pdf)

## BUND

### Umweltgesetzbuch: Politische Begründung des Umweltgesetzbuches

In einer nachlesenswerten Rede vor der Gesellschaft für Umweltrecht hat der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Matthias Machnig am 9. November 2007 die politischen Argumente für ein Umweltgesetzbuch zusammengefasst. Die zu erwartende Kritik vor allem von Seiten der Wirtschaft wird sozusagen im Voraus entkräftet.

Weitere Informationen:

 [http://www.bmu.de/reden/staatssekretaer\\_matthias\\_machnig/doc/pdf/40356.pdf](http://www.bmu.de/reden/staatssekretaer_matthias_machnig/doc/pdf/40356.pdf)

### Umweltschadensgesetz in Kraft

Am 14. November 2007 ist das Umweltschadensgesetz in Kraft getreten. Damit ändern sich die Haftungsgrundlagen für Unternehmen: **Wer bei einer beruflichen Tätigkeit die Umwelt schädigt, muss den Schaden auf eigene Kosten beseitigen.** Für bestimmte Tätigkeiten - z. B. Betrieb eines Kraftwerks oder einer Abfalldeponie, den Transport von Gefahrgütern auf der Straße oder die Einleitung von Stoffen in Gewässer - kommt es nicht auf ein Verschulden an. Um gegen Verursacher eines Umweltschadens vorzugehen, können sich betroffenen Einzelpersonen und Umweltverbände an die Behörden wenden. Auch gerichtliches Einschreiten ist möglich. Umweltverbände können Behörden auf Missstände hinweisen und Sanierungsverfahren anstoßen.

Nach Einschätzung des DIHK ist die durch die Neuregelung hervorgerufene weitere Verkomplizierung des Umweltschadensrechts bitter zu beklagen. Für die Wirtschaft erhöht das Gesetz zudem das Risiko, für tatsächliche oder mutmaßliche Schäden an Boden, Wasser und Natur haften zu müssen. Gut beraten sind die Unternehmen, wenn sie das neue Gesetz zum Anlass nehmen, ihr Risikomanagement zu optimieren.

Weitere Informationen:

 <http://www.bgbportal.de/BGBL/bgbl1f/bgbl107s0666.pdf>

 <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pdf/pd07-072.pdf>

### Genehmigungsverfahren werden reduziert und beschleunigt

Am 30. Oktober 2007 ist das Gesetz zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I, S. 2470) in Kraft getreten. Mit Artikel 3 dieses Gesetzes wird die Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen geändert. Damit wird die Anzahl immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftiger Anlagen entsprechend den europarechtlichen Mindestanforderungen reduziert.

Zudem sieht das Gesetz Änderungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vor, die zu Erleichterungen und Beschleunigungen beim Genehmigungsverfahren führen sollen. So kann zukünftig die Behörde im Einzelfall entscheiden, ob ein Erörterungstermin durchgeführt werden soll.

Das Gesetz ist im Internet zu finden unter:  <http://www.bgblportal.de/BGBL/bgbl1f/bgbl107s2470.pdf>.

### **Bundeskabinett beschließt nationale Strategie zur biologischen Vielfalt**

Das Bundeskabinett hat am 7. November die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen. Damit verfügt Deutschland erstmals über ein umfassendes und anspruchsvolles Programm zur Erhaltung von Arten und Lebensräumen. Ziel ist, die Umsetzung des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt auf nationaler Ebene. Die Strategie beinhaltet auch den deutschen Beitrag für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der belebten Natur weltweit.

Durch die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt sind auch die Unternehmen betroffen, da die Bundesregierungen somit eine „nationale Verpflichtung“ schafft – auch für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Strategie enthält einen Katalog von rund 330 konkreten Zielen und rund 430 Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen des Naturschutzes, der nachhaltigen Naturnutzung und der Entwicklungszusammenarbeit. So soll beispielsweise bis zum Jahre 2020 der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung fünf Prozent betragen, gegenüber rund einem Prozent heute. Ebenfalls bis zu diesem Jahr soll sich, durch Wiedervernässung und Renaturierung von Mooren, die Zunahme naturnaher Wälder um zehn Prozent erhöhen. Dies steht aber unter anderem im Gegensatz zu den wachsenden Agrarflächen, die für die Erzeugung von Biomasse zur Energiegewinnung benötigt werden.

Mit der Strategie werden „eine Vorbildfunktion sowie die Übernahme von Verantwortung durch Industrie, Handel und Verbraucher“ eingefordert. Ein weiteres Beispiel, das Unternehmen unmittelbar betrifft ist, dass bis 2020 25 Prozent der importierten Naturstoffe und -produkte aus natur- und sozialverträglicher Nutzung stammen sollen. Auch lässt die Kontrolle und der Umfang der Strategie hier wieder viel Bürokratie erwarten, denn gleichzeitig sollen von der deutschen Industrie aufgestellte Ökobilanzen alle Umweltauswirkungen vom Rohstoffeinsatz bis zur Abfallwirtschaft beinhalten und auch die Auswirkungen des Produkts auf die Biodiversität im Ausland darstellen.

Es bleibt der Eindruck, dass – insbesondere im Hinblick auf die nächste Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Mai nächsten Jahres in Bonn – hier Aktivismus vorherrscht. Die deutsche Wirtschaft ist offen für sinnvolle Strategien, welche die Natur und die Artenvielfalt stärken. Viele Unternehmen sind schon heute ein gutes Beispiel. Eine nationale Strategie muss daher die Gleichberechtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Interessen sichern und allen gerecht werden.

Das 256-seitige Strategiepapier ist im Internet zu finden unter:

 [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/biolog\\_vielfalt\\_strategie\\_nov07.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/biolog_vielfalt_strategie_nov07.pdf).

### **Bundeswirtschaftsministerium legt nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan vor**

Das für Energieeffizienz und Energieeinsparung zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat den ersten nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan (EEAP) vorgelegt. Dieser Aktionsplan legt dar, durch welche Maßnahmen die Einsparziele der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie (Neun Prozent Endenergieeinsparung bis 2017) erreicht werden sollen. Im Abstand von jeweils drei Jahren werden zwei weitere EEAP folgen. Die Steigerung der Energieeffizienz ist, nach Ansicht der EU, eine der kostengünstigsten Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung und zum Schutze des Klimas.

Mit dem EEAP wird zugleich ein erster Katalog an wirtschaftlich umsetzbaren Energieeinsparmaßnahmen zusammengestellt. Der Aktionsplan fußt auf den Ergebnissen einer Studie zu den aktuellen wirtschaftlichen Energieeffizienzpotenzialen, die das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hatte. Ziel dieser Studie war es, etwaige Belastungen für die Bürger auf ein Minimum zu reduzieren. Das Bundeswirtschaftsministerium will mit diesem Plan richtungweisend für die Industriepolitik der kommenden Jahre sein.

Im Aktionsplan werden folgende Maßnahmen hervorgehoben:

- Start eines Technologieprogramms „Klimaschutz und Energieeffizienz“.
- Ausbau der Energieforschung im Bereich der Energieeffizienzsteigerung beispielsweise im Gebäudereich, in der Industrie und im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

- Forderung nach unverzüglicher Festlegung von Standards für Geräte und Produkte im Rahmen der Umsetzung der Öko-Design-Richtlinie sowie die Verbesserung der Energieverbrauchskennzeichnung.
- Deutliche Verschärfung der energetischen Anforderungen an Gebäude.
- Ausbau bzw. Auflegen verschiedener Förderprogramme, um im Bereich Gewerbe, Haushalte, Land- und Forstwirtschaft, Handel, Dienstleistungen sowie im Verkehrssektor die kostengünstigsten Effizienzpotenziale zu mobilisieren.
- Verstetigung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms und Erweiterung der zu fördernden Maßnahmen.
- Verstärkte Investitionen in die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude.
- Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen (für die Bundesverwaltung).
- Durch eine Liberalisierung des Strom-Messwesens soll die Voraussetzung für die zügige Verbreitung der zeitgenauen Verbrauchsmessung geschaffen werden.
- Anreize zum Austausch von Nachstromspeicherheizungen.
- Energieeinspar-Contracting im Bereich Wohngebäude.
- Verbesserung der Energieverbrauchskennzeichnung von PKW.

Im Bereich Energieeffizienz in der Industrie setzt die Bundesregierung derzeit auf freiwillige Maßnahmen. Sollte die erwartete Einsparung jedoch nicht erfolgen, kann es zu rechtlichen Vorgaben kommen. Eine Überprüfung der Einsparung ist in drei Jahren vorgesehen.

Den Energieeffizienz-Aktionsplan ist im Internet zu finden unter:

 <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/energieeinsparung.html>

### **Roadmap Biokraftstoffe vorgestellt**

Am 21. November wurde die Strategie zur Klima- und Energiepolitik im Biokraftstoffsektor, die so genannte Roadmap Biokraftstoffe, vorgelegt.

Das Bundesumwelt- und das Bundeslandwirtschaftsministerium verständigten sich beim Runden Tisch Biokraftstoffe zusammen mit der Automobilindustrie, der Mineralölindustrie, der Landwirtschaft sowie der Biokraftstoffindustrie auf eine gemeinsame Strategie zur Steigerung des Biokraftstoffanteils in den kommenden Jahren. Das Ergebnis ist die Roadmap Biokraftstoffe und damit die Ausbauperspektive für die Biokraftstoffe in Deutschland. Herausragende Ziele der Strategie sind die Erhöhung der Beimischungsgrenze von Bioethanol zu Ottokraftstoff von derzeit maximal fünf auf zehn Volumen-Prozent und die Erhöhung der Biodieselbeimischung auf sieben Volumen-Prozent. Höhere Beimischungen sind derzeit aufgrund der Qualitätsanforderungen der Autoindustrie an den Kraftstoff technisch nicht möglich.

Die Roadmap Biokraftstoffe ist im Internet zu finden unter:

 [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/roadmap\\_biokraftstoffe.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/roadmap_biokraftstoffe.pdf)

### **Deutscher Materialeffizienz-Preis 2007**

Mit dem Deutschen Materialeffizienz-Preis zeichnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) seit dem Jahr 2004 Best-Practice-Beispiele von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für rentable Steigerungen der Materialeffizienz im eigenen Unternehmen oder bei ihren Kunden aus.

Aus den eingereichten Bewerbungen der Teilnehmer werden maximal fünf Konzepte mit jeweils 10.000 Euro prämiert. Die Bewertung der Vorschläge erfolgt durch eine unabhängige Jury, der Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft angehören. Die diesjährige Preisverleihung fand am 5. Dezember 2007 im Rahmen der Messe EUROMOLD in Frankfurt am Main statt. Prämiert wurden fünf mittelständischen Unternehmen:

- Betonwerk Oschatz GmbH, Oschatz: Herstellung von Brücken nur mit Glasfaserbewehrung. Das weltweit erste Bauwerk mit Endlosglasfäden wurde im Park der Landesgartenschau in Sachsen errichtet. Diese Brücke wiegt nur 1/5 einer vergleichbaren Stahlbetonkonstruktion.

- ITEX Gummifabrik Hans-Knott GmbH, Erkrath: Entwicklung eines neuartigen Verfahrens zur Beschichtung von Walzen, das mit deutlich weniger Haft- und Lösemitteln auskommt und den Ausschuss deutlich reduziert: Pro Jahr werden dadurch u.a. 2,9 Millionen m<sup>2</sup> Trägerschutzfolie, 1400 kg Haft- und Lösemittel und 7600 kg Schneidabfälle eingespart bzw. vermieden.
- Deutsche Mechatronics GmbH, Mechernich: Hier werden bis zu 40 Tonnen Blech pro Tag im Kundenauftrag für die unterschiedlichsten Einzelteile verarbeitet. Durch das Verfahren des dynamischen Schachtelns wurde es möglich den Verschnitt deutlich zu reduzieren. Ergebnis: 12 % weniger Material werden benötigt.
- RRK Wellpappenfabrik GmbH & Co. KG, Bottrop: Durch die Neuentwicklung einer Bechersteige aus Wellpappe für Molkereiprodukte werden 25 % Material eingespart. Dabei kommt es auch zu einer deutlichen Ersparnis von Lagerraum und Frachtkosten. Je nach Auftragsgröße passen auf eine Palette jetzt statt 2200 Zuschnitte jetzt 6150, dies entspricht einer Steigerung um den Faktor 2,7.
- MKG Metall- und Kunststoffverarbeitungsgesellschaft mbH, Lotte: Die Firma stellt LKW-Aufbauten nach Kundenwünschen her. Statt für einen LKW-Aufbau rund 3500 Nietlöcher manuell zu bohren und nieten, wurde das Profilwerk für die Aufbauten konstruktiv optimiert und so gestaltet, dass die Aufbauten nunmehr geklebt werden können. Durch das innovative 2-k Klebverfahren kann nun auf 2 Millionen Nieten/Jahr verzichtet werden.

Studien belegen, dass es bei den Materialkosten erhebliche Einsparpotenziale von bis zu 20 % gibt, die sich auch innerhalb von wenigen Jahren wirtschaftlich rentabel umsetzen lassen. Damit könnten die Unternehmen weit über 100 Mrd. Euro pro Jahr einsparen. Der Materialeffizienz-Preis soll als Ideengeber dienen und Beispiele auszeichnen, die zur Nachahmung anregen.

Weitere Informationen auf der Homepage der Deutschen Materialeffizienzagentur (demea):

 <http://www.materialeffizienz.de/>

### **UBA gibt Überblick über zentrale Aussagen des Weltklimaberichts**

Im November verabschiedete der Weltklimarat der UN (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) nach zähen Verhandlungen zwischen Diplomaten, Politikern und einigen Wissenschaftlern die Zusammenfassung des 4. Weltklimaberichts. Die bereits vorgelegten drei Teilberichte fassen die Forschungsergebnisse von rund 3.000 Expertinnen und Experten aus 130 Ländern zusammen. Das Umweltbundesamt (UBA) stellt die wesentlichen Ergebnisse in einem Hintergrundpapier dar. Das Fazit der drei Berichte lautet aus Sicht des UBA:

- Der Klimawandel ist bereits heute Realität und droht sich künftig zu verschärfen. Er lässt sich allenfalls bremsen, jedoch nicht mehr verhindern.
- Der Mensch hat die Erderwärmung mit sehr großer Wahrscheinlichkeit verursacht.
- Im ungünstigsten Fall kann die globale mittlere Temperatur um 6,4 Grad Celsius bis zum Ende dieses Jahrhunderts steigen.
- Starker Wassermangel auf der Südhalbkugel, weiter stark schmelzende Gletscher und Festlandeis, mehr Flutkatastrophen und deutlich stärkeres Artensterben sind voraussichtliche Folgen des Klimawandels.

Wichtig sei nach Ansicht des UBA, dass die Staatengemeinschaft die Erwärmung der Erde auf zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit begrenze. Das gelänge nur, falls sich der Gehalt an Klimagasen in der Atmosphäre auf 400 Teilchen pro Million Luftmoleküle stabilisiere. Derzeit lägen wir bei etwa 425 Teilchen. Das erfordere konsequentes internationales Handeln gegen den Klimawandel: Die Treibhausgasemissionen müssten erstens weltweit bis 2050 zwischen 50 und 80 Prozent sinken – und zweitens müsste die Welt sich besser an den Klimawandel anpassen.

Das Hintergrundpapier „Klimaänderungen, deren Auswirkungen und was für den Klimaschutz zu tun ist“ steht im Internet unter  <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/ipccsynthese.pdf> zum Download bereit.

Die drei Zusammenfassungen der Teilberichte gibt es im Internet in deutscher und englischer Sprache unter:  [www.de-ipcc.de](http://www.de-ipcc.de). Die ausführlichen Berichte in Englisch unter:  [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch).

## Solarstrom: Zubau, Import, Modulpreise in Deutschland höher als im Ausland

Wie die Fachzeitschrift PHOTON in ihrer Dezemberausgabe berichtet, stieg die installierte Solarstromleistung in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 43 Prozent auf 2.770 Megawatt (MW). Mit einem Zubau von mindestens 830 MW im Jahr 2006 bleibt Deutschland der mit weitem Abstand wichtigste Absatzmarkt für Solarstromanlagen weltweit. Deutschland war dabei nach wie vor Netto-Importeur, da die inländische Produktionsmenge an Solarmodulen mit 341 MW nicht ausreichte, die Nachfrage zu decken. Die Hersteller von Solarmodulen konnten in Deutschland um bis zu 70 Prozent höhere Verkaufspreise als im Ausland erzielen.

Insgesamt lag der Zubau in 2006 ungefähr auf demselben Niveau wie 2005 (865 MW). Für 2007 rechnen Marktforscher jedoch mit einem deutlichen Wachstum der Installationszahlen. Sogar eine Verdopplung der Zubaumenge halten einige Quellen für möglich.

Dass auch im Jahr 2006 der Großteil der Weltproduktion auf deutschen Dächern und Freiflächen landete, hatte vornehmlich zwei Gründe: zum einen ist der geförderte Zubau auf praktisch allen Auslandsmärkten auf niedrigem Niveau begrenzt. In Deutschland wird unbegrenzt gefördert. Zum anderen konnten in Deutschland von der Solarindustrie mit die höchsten Solarmodulpreise erlöst werden, wie kürzlich die PVPS-Gruppe der Internationalen Energieagentur berichtete. Dass die gesamten Anlagenpreise in Deutschland trotzdem zu den niedrigsten weltweit gehörten, liegt vor allem daran, dass höherer Verwaltungsaufwand die Installationskosten im Ausland in die Höhe treibt und Installateure hierzulande effizienter installieren und mit geringen Margen auskommen müssen.

Solarstromanlagen werden in Deutschland durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert. Die in dem jeweiligen Jahr installierten Anlagen erhalten 20 Jahre lang eine gleichbleibend hohe Vergütung, welche für 2006 installierte Anlagen rund achtmal so hoch lag, wie der durchschnittliche Preis für Spitzenlaststrom an der Strombörse. Die Stromversorger legen die für jede neue Anlage 20 Jahre lang entstehenden Mehrkosten auf die Stromrechnungen aller Verbraucher um. Das EEG ermöglicht, dass die Herstellungskosten für Solarstrom seit mehreren Jahren durchschnittlich jährlich um 10 Prozent sinken. Dies will die Bundesregierung zum Anlass nehmen, die Vergütung für Solarstrom ab 2009 statt wie bisher um 5 Prozent nun um jährlich 7 und 9,2 Prozent abzusenken.

Hintergrundinfos im Internet:

IEA-PVPS-Studie (Modulpreise Table 7, PDF-Blatt 27):  [www.iea-pvps.org/products/download/rep1\\_16.pdf](http://www.iea-pvps.org/products/download/rep1_16.pdf)

Bericht Zubau 2006:  [www.photon.de/presse/mitteilungen/Hintergrund\\_Netzbetreiberstatistik\\_2006.pdf](http://www.photon.de/presse/mitteilungen/Hintergrund_Netzbetreiberstatistik_2006.pdf)

Prognose Zubau 2007:  [www.photon.de/presse/mitteilungen/Hintergrund\\_Zubauprognose.pdf](http://www.photon.de/presse/mitteilungen/Hintergrund_Zubauprognose.pdf)

Verkaufspreise Solarmodule Ausland, Spalte 2, ab "Sollen die":

 [www.photon.de/presse/mitteilungen/PD\\_2006-12\\_Seite\\_003.pdf](http://www.photon.de/presse/mitteilungen/PD_2006-12_Seite_003.pdf)

Entwicklung Herstellungskosten für Solarstrom:

 [www.photon.de/presse/mitteilungen/PM\\_True\\_Cost\\_040407.pdf](http://www.photon.de/presse/mitteilungen/PM_True_Cost_040407.pdf)

Entwicklung der Gewinnmargen der Solarindustrie von 2004 bis 2006:

 [www.photon.de/presse/mitteilungen/PM\\_Studie\\_Solarindustrie\\_030806.pdf](http://www.photon.de/presse/mitteilungen/PM_Studie_Solarindustrie_030806.pdf)

Größte Produktionsländer, weltgrößte Hersteller, Zubau auf Bundesländer verteilt:

 [www.photon.de/presse/grafiken.htm](http://www.photon.de/presse/grafiken.htm)

Das Solarstrom-Magazin PHOTON erhebt jährlich bei allen 875 deutschen Stromnetzbetreibern die jeweiligen Zubauzahlen für Solarstromanlagen. Die Zahlen liegen in der Regel gegen Ende des Folgejahres vor und sind die nachgewiesene Mindestinstallation. Es fließen nur die jeweils vorliegenden Zubauzahlen ein. Im Jahr 2006 waren dies die Daten von 854 der insgesamt 875 Netzbetreiber.

Kontakt: Bernd Schüssler,  (0241) 40 03-116,  [bernd.schuessler@photon.de](mailto:bernd.schuessler@photon.de),  [www.photon.de](http://www.photon.de).

## Energie: Sondergutachten zum Wettbewerb bei Strom und Gas

Die Monopolkommission hat am 6. November 2007 in einem Sondergutachten die Wettbewerbssituation auf den Strom- und Gasmärkten analysiert. Festgestellt wird ein noch nicht hinreichender Wettbewerb insbeson-

dere um Haushalts- und Gewerbekunden. Allerdings rät die Kommission, vor weitergehenden Schritten zur Entflechtung der Energieversorger zunächst die Wirkungen des erst kürzlich in Kraft getretenen Regulierungsrahmens abzuwarten.

Die Ergebnisse des Gutachtens im Überblick:

- Auf den Märkten der leitungsgebundenen Energieversorgung kann immer noch nicht von "funktionsfähigem Wettbewerb" gesprochen werden.
- Markteintrittsbarrieren für neue Unternehmen sind nach wie vor hoch.
- Es bestehen zahlreiche strukturelle und verhaltensbedingte Wettbewerbsbarrieren.
- Die Erfahrungen mit der Netzregulierung sind als weitgehend positiv.
- Auch die Einführung der anreizorientierten Netzentregulierung ab 2009 wird begrüßt.
- Die Kraftwerks-Netzanschlussverordnung wird begrüßt, da sie mit dem befristeten privilegierten Netzzugang für neue Kraftwerke ein wichtiger Ansatzpunkt ist, um Diskriminierungen bei Netzan-schluss - und damit die bedeutendste Marktzutrittsschranke für neue Kraftwerksbetreiber - zu verhindern.
- Der Gasnetzzugang sollte durch eine Überarbeitung der Kooperationsvereinbarung weiter verbessert, die Zahl der Marktgebiete - ggf. durch Festlegung der Bundesnetzagentur - weiter reduziert werden.
- Engpassmanagemententlöse, die sich durch Versteigerung von Grenzkuppelkapazitäten ergeben, sollten von den Netzbetreibern unverzüglich zur Beseitigung von Netzengpässen genutzt werden (dies entspricht in etwa den Vorschlägen der EU-Kommission im 3. Binnenmarktpaket).
- Zwischenzeitlich sollte eine Netzausbaupflichtung durch die Bundesnetzagentur angeordnet werden können.
- Strom-Regelenergiemärkte sollten vorläufig einer ex-ante Preisregulierung unterzogen werden.
- Zur Stärkung der Missbrauchskontrolle beim Energie-Börsenhandel wird die Einrichtung eines Market Monitoring (Marktüberwachungsstelle) empfohlen.
- Marktbeherrschenden Ferngasunternehmen und Speicherbetreibern sollte eine befristete Auktionierung von Gasmengen bzw. Speichermengen auferlegt werden.
- Vor einer weiteren Diskussion über vertikale (Abtrennung des Netzes) und horizontale (Verkauf von Kraftwerken) Entflechtungen sollten zunächst die Wirkungen des erst kürzlich in Kraft getretenen Regulierungsrahmens abgewartet werden.
- Hinsichtlich der Kraftwerkskapazitäten sollte eine befristete Ausbaubeschränkung der Kraftwerkskapazitäten marktbeherrschender Energieversorger in Erwägung gezogen werden.
- Die Ausbaubeschränkung könnte dann aufgehoben werden, wenn grenzüberschreitende Leitungsengpässe beseitigt und/oder der Marktanteil der marktbeherrschenden Unternehmen an der Erzeugung erheblich gesunken ist.

Weitere Informationen im Internet:  [http://www.monopolkommission.de/sg\\_49/presse\\_s49.pdf](http://www.monopolkommission.de/sg_49/presse_s49.pdf)

### **Strategie für Biomassenutzung gefordert**

Für die Nutzung von Biomasse sollte eine Strategie gefunden werden, bei der die Ressource optimal genutzt und Fördermittel zielgerecht eingesetzt werden. Das geht aus einer Unterrichtung der Bundesregierung hervor (16/6340), die vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) erstellt wurde.

Hinsichtlich des Klimaschutzes, heißt es darin, stellt die Biomasse mit einem Anteil von 70 Prozent den wichtigsten Energieträger unter den erneuerbaren Energien dar. Dennoch sei der Eindruck, Biomasse könne in absehbarer Zeit einen großen Teil der fossilen Rohstoffe – klimafreundlich – ersetzen „wissenschaftlich nicht haltbar“.

Der Ausbau von Bioenergie birgt der Unterrichtung zufolge auch die Gefahr von Fehlentwicklungen, da in dieser Frage neben dem Klimaschutz noch weitere politische Anliegen – wie die Förderung des ländlichen Raumes oder die Versorgungssicherheit bei Energieträgern – zu berücksichtigen seien.

Die Verfasser der Studie geben zu bedenken, dass „die Biomassenutzung einer deutlichen Begrenzung durch das verfügbare Potenzial unterliege“. Daher seien sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene konkrete Standards erforderlich, um negative Auswirkungen bei Ausbau und Nutzung von Biomasse zu vermeiden, heißt es weiter.

Der SRU empfiehlt aus diesem Grund ein Konzept, in dem im Rahmen einer integrierten Strategie sowohl die ökologischen Anforderungen für den Biomasseanbau als auch der klimaschutzoptimierte Ausbau der Bioenergie berücksichtigt wird.

Das Gutachten steht im Internet zur Verfügung unter:

 [http://www.umweltrat.de/02gutach/download02/sonderg/SG\\_Biomasse\\_2007\\_Buchlayout.pdf](http://www.umweltrat.de/02gutach/download02/sonderg/SG_Biomasse_2007_Buchlayout.pdf)

### **Luftqualität: Feinstaubbelastung aus Öfen und Kaminen**

Am 26. November 2007 hat das Bundesumweltministerium angekündigt, dass der Entwurf zur Novelle der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV) voraussichtlich Anfang 2008 dem Kabinett zugeleitet wird.

Der Entwurf sieht erstmals Grenzwerte für Staub und Kohlenmonoxid vor, die für Heizungsanlagen im Betrieb und für Einzelraumfeuerungsanlagen einzuhalten sind. Auch für bestehende Anlagen sollen Grenzwerte gelten. Kann die Einhaltung der Grenzwerte nicht nachgewiesen werden, muss nachgerüstet oder ausgetauscht werden.

Weitere Informationen:

 [http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/pdf/40447.pdf](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/pdf/40447.pdf)

### **Luftqualität: Austausch mangelhafter Dieselrußfilter**

In der Diskussion um mangelhafte Dieselrußfilter haben Werkstätten und Handel am 28. November 2007 zugesagt, diese kostenlos auszutauschen. Die Gemeinsame Erklärung der Wirtschaft berührt nicht die zivilrechtlichen Ansprüche der Betroffenen. Um Nachteile - steuerlich und bei der Zufahrt in die Umweltzonen - zu vermeiden, hält die Bundesregierung die Betriebserlaubnis für die Fahrzeuge aufrecht.

Im Dezember wurde öffentlich, dass tausende Autos mit schadhaftem Dieselrußfilter ausgestattet wurden. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung der Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Rußpartikelfiltern war erst im April in Kraft getreten. Seitdem wurde die Nachrüstung von Diesel-Pkw mit einem Partikelfilter rückwirkend ab dem 1. Januar 2006 unterstützt.

Weitere Informationen:

 [http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/pdf/40457.pdf](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/pdf/40457.pdf)

 [http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/pdf/40441.pdf](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/pdf/40441.pdf)

### **Verwendung arsenhaltiger Holzschutzmittel**

Mit der Elften Verordnung zur Änderung chemikalienrechtlicher Verordnungen vom 12. Oktober 2007 (BGBl I, S. 2382) wird das Inverkehrbringen und Verwenden arsenhaltiger Holzschutzmittel an die Biozidregelungen angepasst und somit das Inverkehrbringen und Verwenden von mit Arsenverbindungen behandelten Hölzern beschränkt. Konkret wird das Inverkehrbringen und Verwenden von PFOS sowie von Erzeugnissen, die PFOS enthalten (beispielsweise Teppiche, Textilien, Polster, Leder, Kleidung, Papier und Verpackungen) grundsätzlich verboten. Ausnahmen sind für Erzeugnisse und Verfahren vorgesehen, für die derzeit keine geeigneten Substitute zur Verfügung stehen.

Perfluoroctansulfonate (PFOS) sind ausschließlich synthetisch hergestellte, persistente bioakkumulierende und für Säugetiere giftige Substanzen, die in der Umwelt ubiquitär verteilt und bereits in Menschen und Tieren nachweisbar sind. Zum Schutz von Mensch und Umwelt ist es daher erforderlich, das Inverkehrbringen und die Verwendung zu beschränken.

## EUROPÄISCHE UNION

### **EuGH begrenzt Kompetenz für (Umwelt-)Strafrecht**

Am 23. Oktober 2007 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) für die Regeln zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung festgestellt, dass die EU keine Kompetenz hat, Art und Maß von Strafvorschriften durch Richtlinien europaweit zu harmonisieren.

Der Fall betraf einen Rahmenbeschluss des Rates im Bereich Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Schiffe. Der EuGH hat festgestellt, dass das Strafrecht und das Strafprozessrecht grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen. Die EU darf jedoch Straftatbestände harmonisieren, wenn dies erforderlich ist, um ein gemeinschaftliches Ziel, wie den Umweltschutz, zu erreichen. Art und Höhe der Strafe sind aber den Mitgliedstaaten vorbehalten.

Weitere Informationen:  <http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070076de.pdf>

### **Naturschutzgebiete: Erweiterung des „Natura-2000“- Netzes**

Am 13. November 2007 hat die EU-Kommission die bestehende Liste der „Natura-2000“- Netze von über 26.000 um 4.255 Schutzgebiete erweitert. Neben der Annahme von „Natura 2000“- Gebieten in Tschechien, der Slowakei und Ungarn, wurde das Netz auch um viele Gebiete älterer Mitgliedstaaten erweitert, z. B. Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Auf Vorschlag Deutschlands wurden zusätzlich mehr als 8000 km<sup>2</sup> küstenferner Meeresgebiete zu Gebieten von gemeinschaftlichem Interesse erklärt.

Weitere Informationen:  [http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/index\\_7422\\_de.htm#top](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7422_de.htm#top)

### **Energie: EEX plant Sieben-Tage-Handel**

Am 14. November 2007 hat die European Energy Exchange (EEX) mit Sitz in Leipzig berichtet, dass ab Mitte des zweiten Quartals 2008 der Sieben-Tage-Handel für die Strom-Stundenauktion für die Marktgebiete Deutschland/Österreich und Schweiz eingeführt wird. Bislang bietet die Börse den Strom-Sporthandel von Montag bis Freitag an.

Weitere Informationen:  <http://www.eex.com/de>

### **Emissionshandel: Nachträgliche Kürzungen bei Zertifikaten sind EU-konform**

Am 7. November 2007 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) die im Nationalen Allokationsplan 2005 - 2007 durchgeführte nachträgliche Korrektur und die Auslastungskorrekturregel für EU-konform erklärt. Deutschland hatte gegen die Entscheidung der Kommission vom 7. Juli 2004 geklagt und mit dem EuGH-Urteil Recht erhalten.

Nunmehr darf ein Staat Zertifikate - die etwa aufgrund fehlerhafter oder vorläufiger Angaben der Unternehmen zu viel ausgegeben wurden - während der laufenden Handelsperiode zurückrufen. Für rund 700 deutsche Unternehmen kann nun rückwirkend für die Handelsperiode 2005 - 2007 eine Anpassung vorgenommen werden. Die Auswirkungen des Urteils auf die Periode 2008 - 2012 sind noch unklar.

### **Abstimmung im Umweltausschuss zur Luftqualitätsrichtlinie**

Am 9. Oktober 2007 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über die Luftqualitätsrichtlinie abgestimmt. Die Abgeordneten sprachen sich einerseits für strenge Feinstaubgrenzwerte aus, andererseits wollen sie den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität zur Erreichung der Grenzwerte einräumen.

Für Feinstäube der Größe PM<sub>2,5</sub> stimmten die Abgeordneten für einen Jahresgrenzwert von 20 µg/m<sup>3</sup>. Dieser Wert soll ab 2010 als Ziel- und ab 2015 als rechtlich verbindlicher Grenzwert gelten. Insoweit liegen die Vorstellungen von Rat und Parlament nahe beieinander. Meinungsverschiedenheiten gibt es jedoch bei Feinstäuben der Größe PM<sub>10</sub>. Hier fordern die Abgeordneten einen strengen Tagesgrenzwert von 33 µg/m<sup>3</sup>, während der Rat 40 µg/m<sup>3</sup> zulassen will. Bedauerlicherweise hat sich der Umweltausschuss dem

Rat insoweit angenähert, dass die Forderung, Gemeinden mit ungünstigen Witterungsbedingungen die Erlaubnis an 55 Tagen den Jahresgrenzwert von 50 µg/m<sup>3</sup> überschreiten zu dürfen, fallen gelassen wurde. Stattdessen soll es bei 35 zugelassenen Überschreitungen bleiben. Der Umweltausschuss räumt den Mitgliedstaaten aber Fristverlängerungen von bis zu 5 Jahren ein, falls die Grenzwerte trotz aller Anstrengungen nicht eingehalten werden können, beispielsweise weil sie in einem Talkessel liegen. Mit Blick auf kurzfristige Aktionen wie Straßensperrungen betonten die Abgeordneten erneut, dass die Kommunen die Quellen der Feinstaubbelastung - z.B. Dieselruß, Industrie- oder Heizungsanlagen oder in der Landwirtschaft - oft nicht selbst „verstopfen“ könnten und auf die Gesetzgebung von Land, Bund oder der EU angewiesen seien. Weiterhin wurde dafür gestimmt, die besten verfügbaren Techniken für Industrieanlagen ausreichen zu lassen und die Grenzwerte dort nicht zu kontrollieren, wo die Bevölkerung der Luftverschmutzung nicht ausgesetzt ist.

Weitere Informationen:

 [http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-11338-281-10-41-911-20071008IPR11329-08-10-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-11338-281-10-41-911-20071008IPR11329-08-10-2007-2007-false/default_de.htm)

### **Luftqualität: Feinstaubbelastung in Europa unverändert**

Am 13. November 2007 hat die Europäische Agentur für Umwelt einen Bericht über die Luftverschmutzung in Europa 1990 - 2004 veröffentlicht. Der Bericht umfasst den Zeitraum von 1990 bis 2004. Danach konnte die Luftverschmutzung in den vergangenen Jahren in Europa insgesamt eingedämmt werden, aber die Belastung durch Ozon und Feinstaub hat sich seit 1997 nicht verringert – das gilt sowohl für PM<sub>10</sub> also auch für PM<sub>2,5</sub>. Die höchsten PM<sub>10</sub>-Konzentrationen finden sich in Belgien, Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Ungarn, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Portugal, Rumänien und Spanien.

Weitere Informationen:

 [http://reports.eea.europa.eu/eea\\_report\\_2007\\_2/en/Air\\_pollution\\_in\\_Europe\\_1990\\_2004.pdf](http://reports.eea.europa.eu/eea_report_2007_2/en/Air_pollution_in_Europe_1990_2004.pdf)  
 <http://local.de.eea.europa.eu/>

### **Keine Vertragsverletzung bei Grenzüberschreitung Feinstaub**

Die Kommission hat über 550 Vertragsverletzungsverfahren Beschlüsse gefasst. Verzichtet hat sie darauf den 23 Mitgliedstaaten, die Grenzwertüberschreitungen beim Feinstaub PM<sub>10</sub> gemeldet haben, eine Vertragsverletzung vorzuwerfen.

Die Begründung ist interessant für die aktuellen Diskussionen über die Einführung von Umweltzonen und Luftreinhalteplänen: Die Kommission sieht in ihrem Vorschlag zur Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie selbst vor, den Mitgliedstaaten eine begrenzte Verlängerung der Umsetzungsfristen einzuräumen, wo die Einhaltung der Grenzwerte besonders schwierig ist. Da derzeit Gespräche mit Parlament und Rat über die Änderung der Luftqualitätsrichtlinie liefen, sei es unangemessen, jetzt Vertragsverletzungsverfahren nach der geltenden Richtlinie zu eröffnen. Die Kommission hat daher beschlossen, die Mitgliedstaaten zunächst einmal nur um die Übermittlung von Informationen zu bitten.

Bemerkenswert ist an dem Vorgang, dass 23 der 25 Mitgliedstaaten, für die die Feinstaubgrenzwerte am 1. Januar 2005 in Kraft getreten sind, die Grenzwerte nicht einhalten können. Der 24. Staat, Luxemburg, hat bislang keine Daten geliefert. Nur Irland scheint dank der guten Belüftung der Insel (und der klimatischen Bedingungen) mit dem Thema keine Probleme zu haben.

### **Umweltausschuss schwächt Rahmenrichtlinie ab**

Am 9. Oktober 2007 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments einer deutlich abgeschwächten Bodenschutzrahmenrichtlinie zugestimmt.

Besonders wichtig ist, dass sich die Abgeordneten gegen einen verpflichtenden Bodenzustandsbericht beim Standortverkauf aussprachen. Ein derartiger Bericht hätte eine enorme Kostenbelastung ohne Bodenverbesserung zur Folge gehabt. Stattdessen soll der Verkäufer nur bekannte Informationen weitergeben müssen, was im deutschen Zivilrecht bereits vorgesehen ist. Gegenüber genehmigten Anlagen wird kein Generalverdacht erhoben: IVU-Anlagen sind nicht pauschal als potentiell kontaminierte Standorte zu betrachten und Untersuchungen müssen an einen konkreten Gefahrenverdacht geknüpft werden. Das starre Messprogramm in Art. 11 Abs. 3 der Richtlinie wurde leider nicht aus dem Entwurf gestimmt. Im weiteren Verfahren

ist darauf zu achten, diese bürokratische und kostenaufwändige Norm durch ein Verfahren zu ersetzen, das zur Bestimmung verunreinigter Flächen an einen Gefahrenverdacht knüpft.

Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft hofft, eine politische Einigung während des Umweltrates am 17. Dezember 2007 zu erzielen.

Weitere Informationen:

 [http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/064-11337-281-10-41-911-20071008IPR11327-08-10-2007-2007-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-11337-281-10-41-911-20071008IPR11327-08-10-2007-2007-false/default_de.htm)

### **Kommission beschließt Umweltprogramm für KMU**

Damit KMU einen „vermuteten“ Nachholbedarf decken können, hat die Europäische Kommission am 18. Oktober 2007 ein neues Programm zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) bei der Einhaltung von Umweltvorschriften (ECAP) veröffentlicht. "Klein, sauber und wettbewerbsfähig", so stellt sich die EU-Kommission das ideale Unternehmen vor. Dem Titel des Programms zufolge soll erreicht werden, dass mehr KMU die Umweltvorschriften einhalten. Die Analyse der bestehenden Hemmnisse in dem Programm fällt allerdings bescheiden aus. Zitiert werden Zahlen und Aussagen aus einzelnen Mitgliedstaaten, die einen Rückschluss auf ein europäisch einheitliches Phänomen nicht zulassen. Die präsentierten Zahlen erscheinen zumindest für Deutschland viel zu hoch: Dass um die 70 Prozent der KMU keinerlei praktische Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Umwelteinwirkungen ergriffen haben, ist weder belegt noch wahrscheinlich.

Verbunden mit ECAP ist ein Aktionsplan, mit dem auf fünf Feldern Maßnahmen ergriffen werden sollen: Erstens, bessere Rechtsetzung. Zweitens, maßgeschneiderte Umweltmanagementsysteme. Drittens, gezielte finanzielle Unterstützung. Darüber hinaus ist die Schaffung einer örtlichen Umweltwissensbasis für KMU vorgesehen. Dabei ist von Seiten der Kommission die Durchführung nationaler Seminare in den Mitgliedstaaten vorgesehen. Fünftens, sollen Maßnahmen für eine bessere Kommunikation und gezielte Information ergriffen werden.

Weitere Informationen:

 [http://ec.europa.eu/environment/sme/pdf/com\\_2007\\_379\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/environment/sme/pdf/com_2007_379_de.pdf)

 [http://ec.europa.eu/environment/sme/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/environment/sme/index_de.htm)

### **Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsstaaten**

Die Europäische Kommission hat am 17. Oktober 2007 Vertragsverletzungsverfahren gegen Belgien, Estland, Frankreich, Griechenland, Lettland, Luxemburg, Malta, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Schweden und Ungarn eingeleitet. Die Mitgliedstaaten haben es versäumt, der Kommission ihre Energieeffizienz-Aktionspläne vorzulegen. Dazu waren sie gemäß der Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen bis zum 30. Juni 2007 verpflichtet. In den Aktionsplänen sollen die Mitgliedstaaten unter anderem darlegen, wie sie 9 Prozent des nationalen Energieverbrauchs bis Ende 2006 einsparen wollen. Die Kommission geht zwar davon aus, dass die Entwürfe der nationalen Aktionspläne bereits recht weit gediehen sind, sie ist jedoch gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten. Deutschland hat am 5. Oktober 2007 mit dreimonatiger Verspätung den nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan vorgelegt.

Weitere Informationen:

 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1526&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **Europäisches Parlament hält Atomenergie für unverzichtbar**

Das Plenum hat am 23. Oktober 2007 einen Initiativbericht angenommen und damit die Unentbehrlichkeit der Kernkraft in Europa bestätigt. Das Europäische Parlament betont in dem vom deutschen Parlamentarier Herbert Reul (CDU) ausgearbeiteten Bericht, dass "die Kernenergie für die Gewährleistung der Grundlast mittelfristig in Europa unverzichtbar" und die bedeutendste Komponente der Stromversorgung der EU in 15 von 27 Mitgliedstaaten ist. Erneuerbare Energien könnten den Grundbedarf an Energie bis jetzt nicht decken. Länder wie Finnland, Frankreich, Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Litauen, Großbritannien, Polen und Tschechien würden sogar neue Kernkraftwerke bauen oder planen. Die Entscheidung für oder gegen die

Kernkraft soll weiterhin die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben. Kernenergie sei die derzeit größte kohlenstoffarme Energiequelle und trage zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Bei einem Ausstieg seien die Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Bekämpfung des Klimawandels nicht zu erreichen. Zudem könne eine Entscheidung für oder gegen Atomenergie Auswirkungen auf die Strompreisentwicklung anderer Mitgliedstaaten haben.

Darüber hinaus hält es das Parlament für wichtig, die mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke schnellstmöglich mit der Technologie der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -speicherung auszustatten. Die Kommission müsse Vorgaben zur weiteren Förderung der Erforschung vorlegen.

Weitere Informationen:  [http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2007\\_4/PM\\_071024\\_2d](http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2007_4/PM_071024_2d)

### **Bausteine für die Klimaschutzverhandlungen auf Bali**

Am 1. Oktober 2007 hat EU-Umweltkommissar Stavros Dimas in einer Rede vor den Europaabgeordneten sieben „Bausteine“ genannt, die die EU in die Klimaschutzverhandlungen auf Bali einbringen will. An erster Stelle nannte er ein weltweites Klimaziel als „gemeinsame Vision“. Zweitens müssen neben der EU auch die anderen Industrieländer verbindliche Minderungsverpflichtungen eingehen. Drittens sollen Entwicklungsländer, ihre Treibhausgas-Emissionen relativ zum Wirtschaftswachstum senken. Viertens müsse die Zusammenarbeit bei der Erforschung von Klimaschutztechnologien verstärkt werden und gleichzeitig der Transfer CO<sub>2</sub>-armer Technik in Entwicklungsländer finanziell stärker unterstützt werden. Fünftens bedürfe es für die Anpassung an den bereits geschehenen Klimawandel adäquate Finanzmittel und Methoden für das Risikomanagement. Sechstens müsse es für die Emissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs globales Emissionshandelssystem geben. Und siebentens sollen auch Emissionen durch Abholzung Bestandteil eines Kyoto-Nachfolgeabkommens sein.

Im Januar 2008 will die EU-Kommission Gesetzesvorschläge für die CO<sub>2</sub>-Reduktion der EU einbringen. Auch die Überprüfung des europäischen Emissionshandelssystems und die Marschrichtung für einen 20 Prozent-Anteil erneuerbarer Energien am EU-weiten Stromverbrauch stehen dann auf der Agenda.

Weitere Informationen:

 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/583&format=PDF&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **Wasser: Richtlinie über das Management von Hochwasserrisiken in Kraft**

Am 26. November 2007 ist die Richtlinie über das Management von Hochwasserrisiken in Kraft getreten. Ziel ist es, die Risiken und nachteiligen Folgen von Hochwasser zu verringern. Die Richtlinie gilt für alle Arten von Hochwasser. Die Umsetzung erfolgt in drei Phasen: Zunächst muss bis 2011 die vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos in den Einzugsgebieten und in den dazugehörigen Küstengebieten abgeschlossen sein. Dann sind bis 2013 Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten zu erstellen. Bis 2015 müssen die Mitgliedstaaten Hochwasserrisikomanagementpläne ausarbeiten.

Weitere Informationen:

 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1766&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EU-Initiative mit USA und Kanada**

Die Europäische Kommission und Vertreter mehrerer EU-Mitgliedstaaten haben am 29. Oktober 2007 mit mehreren US-Bundesstaaten (Western Climate Initiative (WCI), Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI)) und kanadischen Provinzen eine internationale Partnerschaft zum Emissionshandel vereinbart, der sich auch Norwegen und Neuseeland angeschlossen haben. Ziel ist die künftige Vernetzung bestehender und geplanter Emissionshandelssysteme. Ein offizieller und rechtsverbindlicher Handel ist zurzeit nicht möglich, da die USA nicht das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel begrüßte die Initiative, da das Volumen des Emissionshandels in 2006 bereits mehr als 20 Milliarden Euro umfasst und weltweit bis 2025 auf 50 bis 800 Milliarden Euro an-

steigen soll. Damit wird sicherlich auch Druck auf die amerikanische Regierung im Hinblick auf die 13. UN-Klimakonferenz vom 3. bis 14. Dezember 2007 in Bali ausgeübt, in der es um die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls nach dem Jahr 2012 und damit auch um den globalen Emissionshandel geht.

Weitere Informationen:

 [http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle\\_pressemitteilungen/pm/pdf/40221.pdf](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/pdf/40221.pdf)

### **Strengere Sicherheitsmaßnahmen für Spielzeug**

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat sich am 26. September 2007 für eine Revision der Spielzeugrichtlinie und die Prüfung eines freiwilligen EU-Gütesiegels ausgesprochen.

Die Abgeordneten forderten in ihrer Resolution von der Kommission einen Vorschlag für die Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie bis Ende 2007. Wichtig seien dabei die Verbesserung der Durchsetzungsmaßnahmen und die Einführung wirksamer Strafen bei Nichteinhaltung der Bestimmungen. Bezüglich der Verwendung und Überwachung der CE-Kennzeichnung und sonstiger Zeichen sprach sich das Plenum dafür aus, Verbrauchsgüter vom europäischen Markt auszuschließen, wenn sich diese Produkte als unsicher herausstellen. Die Einfuhr nachgeahmter Produkte müsse wirksam überwacht und nachgemachte Produkte vernichtet werden. Die Parlamentarier betonten die Bedeutung der CE-Kennzeichnung als Garant für die Einhaltung technischer Vorschriften und forderten die Kommission auf, die Haftung von Herstellern und Importeuren bei Missbrauch des CE-Kennzeichens zu klären. Die Kommission soll außerdem die Schaffung eines gemeinsamen europaweiten Gütesiegels prüfen. Hierbei müsse geklärt werden, ob ein solches freiwilliges Zeichen in Ergänzung zur CE-Kennzeichnung und den nationalen Gütesiegeln einen Mehrwert darstellen würde. Neben einer Verbesserung des RAPEX-System forderten die Parlamentarier eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommission und der EU-Mitgliedsländer mit Drittländern, eine rigorosere Umsetzung des Produktrechts in den Mitgliedstaaten und die Bereitstellung von Mitteln für umfassende und wirksame Kontrollen.

Der für Unternehmen und Industrie zuständige Kommissar Günter Verheugen hatte bereits angekündigt, bis Ende des Jahres einen Vorschlag für die Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie vorzulegen. Für Spielzeug mit potenziell gefährlichen Bausteinen wie Computerchips soll zukünftig die Qualitätskontrolle verschärft und neben den Kontrollen durch die Hersteller auch eine verpflichtende Überprüfung durch eine unabhängige Stelle eingeführt werden. Ein verpflichtender Sicherheitscheck ist bisher nur für Produkte vorgesehen, bei denen eine Gefahr für den Benutzer droht. Bei der Revision der Spielzeugrichtlinie sollen auch einige chemische Inhaltsstoffe verboten werden, die krebserregend oder genverändert sind und die 1988 noch nicht mit in die Richtlinie aufgenommen worden waren. Die Einführung einer verpflichtenden Zertifizierung für alle Spielwaren lehnte Verheugen als überzogen ab.

Weitere Informationen:

 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2007-0412&language=DE&ring=P6-RC-2007-0351>

## **NEUE VERFAHREN/PRODUKTE**

(Die folgenden Beiträge basieren auf Firmenangaben)

### **Erdwärmekraftwerke auf dem Vormarsch**

Das erste ganzjährig industriell nutzbare Geothermiekraftwerk Deutschlands wurde in Landau offiziell in Betrieb genommen. Die Anlage soll eine Strommenge erzeugen, die dem Jahresbedarf von 6.000 Haushalten entspricht. Mit der überschüssigen Wärme sollen anfangs 300 Haushalte und später – nach einer Kapazitätserweiterung – 1.000 Haushalte versorgt werden. Das Projekt wurde durch das Bundesumweltministerium mit über 2,6 Millionen Euro unterstützt. Die Bohrungen in Landau hatten in 3.000 Metern Tiefe ein ausreichend großes und mindestens 150 Grad warmes Heißwasserreservoir erschlossen. Dieses Wasser wird in einem Kraftwerk über einen Wärmeaustauscher geleitet, der dann Strom und Heizenergie produziert.

In Kürze wird als zweites industriell genutztes Geothermiekraftwerk in Deutschland die Anlage in Unterhaching die Stromproduktion aufnehmen. Wärme für große Gebiete der Gemeinde Unterhaching liefert die Anlage schon jetzt.

## **Kunststoffe aus Elektro-/ Elektronikschrott wirtschaftlich recyceln**

Im Elektro-/Elektronikschrott sind verschiedene Kunststoffe sowie Stör- und Schadstoffe enthalten. Sollen diese Kunststoffe recycelt werden, geht es vor allem darum, schädliche Stoffe wie Flammschutzadditive zu entfernen. Dem Fraunhofer-Institut für Verfahrenstechnik und Verpackung IVV in Freising ist mit dem CreaSolv<sup>®</sup>-Prozess ein technologischer Durchbruch gelungen. Mit dem Verfahren können erstmalig selbst stark schadstoffbelastete und verschmutzte Kunststoffe aus Elektro(nik)abfällen recycelt werden. Die mit dem CreaSolv<sup>®</sup>-Prozess gewonnenen Rezyklate sind mit Neuware vergleichbar.

Der CreaSolv<sup>®</sup>-Prozesses ist ein lösemittelbasiertes Kunststoff-Recyclingverfahren. Es basiert auf der selektiven Extraktion des Zielpolymers, gefolgt von einem Reinigungsschritt. Die Experten von WRAP, einem Projekt der englischen Regierung, haben in ihrem aktuellen Zwischenbericht den Fraunhofer-Recyclingprozess als effizient und wirtschaftlich bewertet. WRAP steht für Waste Resources Action Programme und ein nachhaltiges Wirtschaften. WRAP möchte kommerziell realisierbare Wege zum Entfernen bromierter Flammschutzmittel in Kunststoffen aus Elektroaltgeräten forcieren. Ein geschlossener Materialkreislauf ist das Ziel: Recycelte Kunststoffe wieder zur Herstellung von neuen Elektro(nik)geräten einzusetzen.

Der CreaSolv<sup>®</sup>-Prozesses ist auch in der Lage, die stark verschmutzten Mischkunststoffe, wie sie nach der Metallrückgewinnung aus Elektro(nik)abfällen in großen Mengen als Shredderleichtfraktion anfallen, zu recyceln. Das Fraunhofer IVV hat dies in einem gemeinsamen Projekt mit KERP Kompetenzzentrum Elektronik & Umwelt GmbH aus Österreich nachgewiesen. Allein in Deutschland fallen davon jährlich einige 100.000 Tonnen an, die bisher nicht recycelt werden konnten.

Info: Fraunhofer IVV, Dr. Andreas Mäurer, ☎ (08161) 491-330, ✉ [andreas.maeurer@ivv.fraunhofer.de](mailto:andreas.maeurer@ivv.fraunhofer.de).

## **Synthetische Hefen produzieren Biotreibstoff**

Hefen können nicht nur aus pflanzlichen Zuckern Bier und Wein gewinnen, sondern auch Bioethanol. Diesem wird eine große Zukunft als erneuerbarem Autokraftstoff vorausgesagt, denn bis zum Jahr 2020 sollen in Deutschland 20 Prozent der fossilen Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzt werden. Forscher der Goethe-Universität Frankfurt um Prof. Dr. Eckhard Boles verbesserten die Stoffwechseleigenschaften von Hefen so, dass sie Pflanzenabfälle verwerten können. Dazu haben sie erstmals die Methode der Synthetischen Biologie angewandt.

„Wir bauen in die Hefe *Saccharomyces cerevisiae* künstliche, biochemische Systeme ein, die neuartige Stoffwechselwege in der Zelle etablieren“, erklärt Boles. Im Gegensatz zu früheren Arbeiten, bei denen Erbmaterial aus Bakterien in die Hefezellen eingeschleust wurde, haben die Forscher nun am Computer entwickelte und maschinell, aus DNA-Bausteinen künstlich synthetisierte Gene in die Hefen eingebracht. Die „Anleitung“ dazu entnehmen sie weiterhin der Aminosäuresequenz von bakteriellen Enzymen, modifizieren aber den Bauplan so, dass er optimal auf die Stoffwechseleigenschaften der Hefen abgestimmt ist. Die so erzeugten künstlichen Gene erlauben es den Hefezellen, bestimmte Zuckerarten in pflanzlichen Abfällen deutlich effizienter zu Ethanol umzusetzen. Der kommerziellen Produktion von Zellulose-Ethanol sind die Forscher so einen beträchtlichen Schritt näher gekommen. Nun sollen Hefen konstruiert werden, die Butanol produzieren.

Info: Prof. Dr. Eckhard Boles, Institut für Molekulare Biowissenschaften, ☎ (069) 798-29513, ✉ [e.boles@bio.uni-frankfurt.de](mailto:e.boles@bio.uni-frankfurt.de).

## **Wärmespeicher für Solarstrom**

Solarthermischen Kraftwerken mit solarer Direktverdampfung wird in sonnenreichen Ländern ein großes Potenzial zugeschrieben. Doch die hierbei benötigte Sonnenenergie steht nicht immer durchgängig zu Verfügung. Um die Stromproduktion auch auf die Nachtstunden oder auf Zeiten von starker Bewölkung ausdehnen zu können, sind Wärmespeicher notwendig. Wissenschaftlern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist es jetzt erstmalig gelungen, einen derartigen Speicher für solar erzeugten Dampf erfolgreich in Betrieb zu nehmen.

Der im DLR entwickelte Wärmespeicher kann die Energie des erzeugten Dampfes über viele Stunden zwischenspeichern und bei Bedarf wieder als Dampf an das Kraftwerk abgeben. Er wird auf dem größten europäischen Testzentrum für Solarenergie, der Plataforma Solar de Almería in Spanien, betrieben. Der Speicher leistet 100 Kilowatt bei Temperaturen von mehr als 200 Grad Celsius.

Für den Temperaturbereich solarthermischer Kraftwerke war bislang keine Umsetzung eines wirtschaftlich attraktiven Systems gelungen. Denn die wesentliche Herausforderung lag für die Wissenschaftler darin, eine ausreichend hohe Leistungsdichte des Speichers zu erreichen. Die experimentellen Ergebnisse führten nun zu einem Sandwichkonzept, bei dem sich mehrere Schichten aus Graphitfolien und Speichermaterial abwechseln. Das Konzept wurde gemeinsam mit dem Industriepartner SGL zum Patent angemeldet und stellt nun die Basis für weitere Entwicklungsarbeiten dar.

In einem Anschlussprojekt werden die Forscher ihr Speicherprinzip auf eine 1-Megawatt-Anlage erweitern. Dabei sollen dann Temperaturen von mehr als 300 Grad Celsius erreicht werden, was den Einsatz von Solarenergie für bestimmte Kraftwerksanwendungen noch attraktiver werden lässt.

Mit dem Konzept des Latentwärmespeichers ist auch die Grundvoraussetzung geschaffen, Solarwärme für die Prozessindustrie einsetzen zu können. Denn gerade in der Industrie wird eine konstante und auf den jeweiligen Bedarf abgestimmte Energiemenge benötigt. Solarer Dampf eignet sich beispielsweise für Prozesse in der Baustoff- oder Nahrungsmittelindustrie.

Info: Harald Pandl, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), ☎ (0711) 6862-480, ✉ [Harald.Pandl@dlr.de](mailto:Harald.Pandl@dlr.de).

## FÖRDERPROGRAMME

### **BMW und KfW Förderbank legen Anfang 2008 neues Förderprogramm für mehr Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen auf**

Anfang 2008 starten das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und die KfW Förderbank den "Sonderfonds Energieeffizienz in KMU", ein Programm, mit dem die Steigerung der Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen gezielt gefördert wird.

Die sparsame und effiziente Energienutzung wird für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft angesichts weltweit steigender Energiepreise und der großen Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten immer wichtiger. Gleichzeitig belegen zahlreiche Studien und Beispiele, dass in den Sektoren Industrie und Gewerbe noch immer erhebliche Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz vorhanden sind. Experten schätzen, dass mit heute verfügbarer Technik etwa 20 Prozent des derzeitigen Endenergieverbrauchs beider Sektoren wirtschaftlich eingespart werden könnte.

Die Umsetzung der Energieeinsparmaßnahmen kann mit zinsgünstigen Krediten aus dem ERP-Energieeffizienzprogramm finanziert werden. Gefördert werden Maßnahmen, die eine Energieeinsparung von mindestens 15 Prozent, bzw. 20 Prozent erzielen. Mitfinanziert werden bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten, maximal 10 Mio. EURO.

Neben einer Finanzierungskomponente ist ergänzend auch eine Komponente zur Förderung von Beratungsleistungen geplant. Mit der Gewährung von Zuschüssen in Höhe von maximal 80 Prozent für die Durchführung unabhängiger und qualifizierter Energieberatungen sollen Informationsdefizite über betriebliche Energieeinsparpotenziale bei kleinen und mittleren Unternehmen abgebaut werden. Berater können sich ab sofort in der KfW-Beraterbörse, ☎ [www.kfw-beraterboerse.de](http://www.kfw-beraterboerse.de) listen lassen.

Weitere Informationen unter ☎ (01801) 33 55 77 oder im Internet unter ☎ [www.kfw-foerderbank.de](http://www.kfw-foerderbank.de) sowie unter ☎ [www.energieeffizienz-beratung.de](http://www.energieeffizienz-beratung.de).

### KURZ NOTIERT

#### **Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2007**

Der Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2007 umfasst die Themenbereiche Umweltproduktivität, Umweltnutzung der privaten Haushalte, Material- und Energieflüsse (Rohstoffe, Energie, Luftschadstoffe, Treibhausgase, Wasser, Abfall), Flächennutzung, Umweltschutzmaßnahmen, Verkehr und Umwelt, Landwirtschaft und Umwelt, Waldgesamtrechnung, UGR, Nachhaltigkeit.

Der Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2007 ist im Internet zu finden unter:



<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Qualitaetsbericht/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/UGR.property=file.pdf>

#### **Statistische Angaben zu Energieverbrauch und Treibhausemissionen**

Die Arbeitsgruppe UGRdL (Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder) des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht zum ersten Mal detaillierte Ergebnisse für alle 16 Bundesländer über den Energieverbrauch und die Treibhausemissionen. Die Veröffentlichung gibt es im Internet unter  [www.ugrdl.de](http://www.ugrdl.de).

#### **Industrie steigert Energieeffizienz**

Die Industrie verbesserte ihre Energieeffizienz von 1995 bis 2005 um nahezu 13 Prozent. Die deutschen Unternehmen gehören damit international zu den Vorreitern in Sachen klimafreundliche Produktion. Für jeweils 1.000 Dollar Wertschöpfung benötigten Industrie und Bergbau hierzulande im Jahr 2005 nur noch eine Energiemenge von umgerechnet 98 Kilogramm Öleinheiten. In Kanada und Polen war der Energiebedarf rund dreimal, in Südkorea, Australien und Spanien fast doppelt so hoch.

Dies geht aus der Mitteilung „Industrie spart Energie“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hervor:



[http://www.iwkoeln.de/data/pdf/pub/pm38\\_07iwd.pdf](http://www.iwkoeln.de/data/pdf/pub/pm38_07iwd.pdf)

#### **Umwelt-Infos im Internet – Umweltbundesamt veröffentlicht deutsche Umweltdaten**

Die „Umweltindikatoren Deutschland“ beschreiben den Zustand der Umwelt und zeigen Trends auf. Sie enthalten eine Liste mit Umweltdaten, etwa zu den Themen Klimaänderungen, Umwelt und Gesundheit. Mit steigender CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre erhöhte sich zum Beispiel die Durchschnittstemperatur von 1901 bis 2005 um etwa 0,8 Grad Celsius. Eine Folge sei der frühere Beginn der Apfelblüte. Diese Informationen stehen auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes:  [www.env-it.de/umweltdaten](http://www.env-it.de/umweltdaten)

#### **UN-Klimaschutzrat: Treibhausgas-Emissionen auf Rekordhöhe**

Den Zahlen des UN-Klimarates zufolge haben die Emissionen von Treibhausgasen in den 40 industrialisierten Ländern im Jahre 2005 neue Rekordhöhen erreicht. Die größten Emissionszuwächse seien im Transportsektor zu verzeichnen. Am meisten verschlechtert haben sich im Vergleich zu 1990 die Emissionsmengen von Spanien (plus 53,3 Prozent), Kanada (plus 25,3 Prozent) und Neuseeland (plus 24,7 Prozent). Schweden (minus 7,3 Prozent) und Großbritannien (minus 14,8 Prozent) haben unterdessen die Kyoto-Vorgaben bereits mehr als erfüllt. Deutschland liegt mit minus 18,4 Prozent noch unter der Vorgabe für das Jahr 2012 von minus 21 Prozent. Nach den Vorausberechnungen des Klimasekretariats wird Deutschland seine Vorgabe jedoch erreichen.

## Meeresplankton frisst Klimagase

Der Ozean ist der bei weitem größte Speicher von anthropogenem CO<sub>2</sub> auf unserem Planeten. Bisher haben die Weltmeere etwa die Hälfte dieses vom Menschen ausgestoßenen Treibhausgases geschluckt. Das Plankton, die mikroskopisch kleinen Organismen im Meer, erhöht seine CO<sub>2</sub> Aufnahme mit steigenden Konzentrationen des Gases und trägt somit dazu bei, den Treibhauseffekt zu vermindern. Eine internationale Forschergruppe unter Leitung des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) in Kiel konnte diesen Effekt erstmals für eine natürliche Planktongemeinschaft nachweisen. In Simulationen des zukünftigen Ozeans haben die Forscher eine bis zu 39 Prozent erhöhte CO<sub>2</sub> Aufnahme gemessen. Die unerwartete Hilfe im Klimaschutz ist allerdings mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen für die marinen Ökosysteme verbunden. Eine verstärkte CO<sub>2</sub> Aufnahme durch das Meeresplankton beschleunigt die Versauerung der tiefen Ozeane, führe dort zu verstärkter Sauerstoffzehrung und könne die Qualität des Planktons als Grundlage im marinen Nahrungsnetz verschlechtern.

Weitere Informationen im Internet:  <http://www.ifm-geomar.de>

## Umweltpreis im Zeichen des Klimaschutzes für Schellnhuber, Konvekta und Beate Weber

Der Deutsche Umweltpreis 2007 der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geht an den Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Prof. Dr. Hans-Joachim Schellnhuber, den Gründer der Firma Konvekta, Carl Heinrich Schmitt sowie seinen langjährigen Entwicklungsleiter und heutigen Direktor des Instituts für Thermodynamik der Technischen Universität Braunschweig, Prof. Dr.-Ing. Jürgen Köhler sowie an die langjährige Oberbürgermeisterin von Heidelberg, Beate Weber. Bundespräsident Horst Köhler hat den 5000.000 Euro höchstdotierten Umweltpreis Europas am 28. Oktober 2007 in Aachen überreicht.

## McKinsey-Studie über Strategien und Kosten zum Klimawandel vor

Die Initiative „Wirtschaft für Klimaschutz“ und die Unternehmensberatung McKinsey haben gemeinsam die Studie „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“ vorgelegt. Damit verfügt Deutschland als erstes Land der Welt über eine umfassende betriebswirtschaftliche Analyse aller wesentlichen Klimaschutztechnologien, einschließlich der Angaben zu den Kosten aus Sicht der Entscheider in Euro pro eingesparte Tonne Treibhausgas.

Die Studie ist im Internet zu finden unter:

 <http://ww2.bdi.eu/initiativen/klimaschutz/initiative/seiten/klimastudie.aspx>

## Pellet-Nachfrage steigt sprunghaft

Die Nachfrage nach Holzpellets für Heizzwecke steigt weiter. Nach aktuellen Erhebungen werden im laufenden Jahr 44 Pelletwerke rund 1,3 Millionen Tonnen Holzpellets produzieren. Weitere 13 Produktionsstätten sind geplant oder befinden sich schon im Bau. 2005 waren in 28 Werken 290.000 Tonnen produziert worden, im vergangenen Jahr lag die Anzahl der Produktionsstätten bei 35 und die Menge bei etwa 550.000 Tonnen. Der Brennstoff wird benötigt für mehr als 70.000 Pelletheizungen in deutschen Haushalten, ein großer Teil der Produktion geht aber auch an Abnehmer im europäischen Ausland, vornehmlich nach Schweden, Italien und Frankreich.

## 2007 deutlich weniger neue Biogasanlagen

Nach dem Boom-Jahr 2006 muss die Biogas-Branche in diesem Jahr erhebliche Rückgänge beim Anlagen-Neubau hinnehmen. Dies geht aus den aktuellen Statistiken des Fachverbands Biogas hervor. Lag die Zahl im vergangenen Jahr noch bei über 800 Neuanlagen mit einer neu installierten Leistung von rund 450 Megawatt (MW), so gingen bis Ende September 2007 gerade mal gut 200 Anlagen mit zusammen rund 170 MW installierter Leistung neu ans Netz. Insgesamt produzieren mehr als 3.700 Biogasanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1.270 MW in Deutschland rund 6,4 Millionen Megawattstunden Strom pro Jahr.

Die meisten Biogasanlagen (knapp 1.400) stehen in Bayern, die größte Leistung erreicht Niedersachsen mit etwa 400 Megawatt bei einer durchschnittlichen Anlagengröße von 550 kW. Die Stagnation in der Branche trifft vor allem landwirtschaftliche Biogasanlagen und damit auch die mittelständischen Anlagenhersteller.

Das Auftragsvolumen in diesem Sektor ging bei einigen Anlagenanbietern um bis zu 100 Prozent zurück. Nach Angabe des Fachverbandes Biogas ist diese Entwicklung vor allem auf die extrem gestiegenen Kosten für nachwachsende Rohstoffe zurückzuführen.

Der Fachverband Biogas e.V. fordert daher für die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) den Bonus für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe über eine Biomassemarkt Komponente zu dynamisieren. Damit soll das bestehende Defizit eines noch fehlenden Marktes für Energie aus Biogas ausgeglichen werden.

Die aktuellen Zahlen finden sich auf der Homepage des Fachverbandes Biogas ( [www.biogas.org](http://www.biogas.org)).

### **Oldtimer dürfen in Umweltzonen**

Der Bundesrat hat am 21. September 2007 einer Änderung der Kennzeichnungsverordnung zugestimmt, wonach Oldtimer, die ein „H“- oder „07“-Kennzeichen führen, in künftigen Umweltzonen fahren dürfen.

Das Bundeskabinett ist dem Beschluss am 14. November 2007 gefolgt und hat zudem eine weitere Änderung der Kennzeichnungsverordnung beschlossen. Danach sollen auch Pkw mit einem geregelten Katalysator der ersten Generation eine grüne Plakette erhalten. Auch für nachgerüstete Diesel-Pkw der Abgasstufe Euro 1 sowie die mit einem Partikelminderungssystem nachgerüsteten Nutzfahrzeuge soll es Plaketten geben. Deswegen muss nun der Bundesrat erneut seine Zustimmung erteilen, bevor die Verordnung in Kraft treten kann.

### **Informationen zum neuen Chemikalienrecht sind online zu finden**

Als nationale Auskunftsstelle unterstützt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) Firmen bei der Einführung und Umsetzung des neuen europäischen Chemikaliengesetzes, der so genannten REACH-Verordnung. REACH steht dabei für Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals).

Als erste Schritte stehen nun die Registrierung und Vorregistrierung an. Da hierbei seitens der Industrie besondere Fragen zur Behandlung von Polymeren, Naturstoffen und Zwischenprodukten auftreten, wurden einige Hilfen bereitgestellt. Zudem sollen unter REACH Stoffdaten gemeinsam genutzt werden. Auch der Übergang der Richtlinie 67/548/EWG zur REACH-Verordnung wirft Fragen bei den Betroffenen auf. Antworten geben Vorträge eines BAuA-Seminars, die jetzt im Bereich Veranstaltungen unter  [www.reach-helpdesk.de](http://www.reach-helpdesk.de) ins Internet gestellt wurden. Sie stellen Inhalte und Zielsetzungen der REACH-Implementierungs-Projekte RIP 3.1 und RIP 3.10 vor.

Die RIP-Leitfäden (Umsetzungshilfen) finden sich im Internet in englischer Fassung bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) unter  [http://ec.europa.eu/echa/home\\_en.html](http://ec.europa.eu/echa/home_en.html) bzw. bei dem European Chemicals Bureau (ECB) unter  <http://ecb.jrc.it/reach/rip>.

### **Streitschlichtung bei erneuerbaren Energien durch Clearingstelle**

Das Bundesumweltministerium hat eine Clearingstelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingerichtet, die am 15. Oktober 2007 ihre Arbeit aufgenommen hat. Aufgabe der Clearingstelle ist es, Streitigkeiten und Anwendungsfragen zum EEG zu klären und damit die Anwendung des Gesetzes zu erleichtern.

Die Clearingstelle ist im Internet erreichbar unter:  [www.clearingstelle-eeg.de](http://www.clearingstelle-eeg.de).

### **Leitfaden für Tätigkeiten mit Nanomaterialien**

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat in Zusammenarbeit mit dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) den „Leitfaden für Tätigkeiten mit Nanomaterialien am Arbeitsplatz“ erstellt. Der Leitfaden soll eine Orientierung über Maßnahmen bei der Herstellung und Verwendung von Nanomaterialien am Arbeitsplatz geben. Die Empfehlungen geben den aktuellen Kenntnisstand von Wissenschaft und Technik wieder. Im Anhang befindet sich eine Checkliste zur Gefährdungsbeurteilung von Nanomaterialien.

Der Leitfaden kann eingesehen werden unter:  [www.baua.de/nanotechnologie](http://www.baua.de/nanotechnologie)

## Energy Efficiency Award 2008

Zum zweiten Mal können sich innovative Unternehmen aus Industrie und Gewerbe, die herausragende Projekte zur Steigerung der Endenergieeffizienz umgesetzt haben, um den internationalen "Energy Efficiency Award" bewerben. Den mit insgesamt 30.000 Euro dotierten Preis schreibt die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) im Rahmen der Initiative EnergieEffizienz in Zusammenarbeit mit der KfW Förderbank und der Deutschen Messe aus. Die Initiative EnergieEffizienz wird neben der dena von E.ON, EnBW, RWE sowie Vattenfall Europe getragen und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert.

Die Preisträger werden am 22. April 2008 beim "WORLD ENERGY DIALOGUE" der HANNOVER MESSE 2008 feierlich ausgezeichnet.

Der erste Preis des "Energy Efficiency Award 2008" ist mit 15.000, der zweite mit 10.000 und der dritte mit 5.000 Euro dotiert. Interessierte Unternehmen sind aufgerufen, sich bis zum 31. Januar 2008 mit ihrem Referenzprojekt zu bewerben. Der Wettbewerb ist weltweit ausgeschrieben und für Unternehmen jedweder Größe und Branche offen, die erfolgreich Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt haben. Bewerbungen aus kleinen und mittleren Unternehmen und dem produzierenden Gewerbe sind besonders willkommen.

Teilnahmeunterlagen, ausführliche Informationen und Beschreibungen der Preisträger 2007 stehen im Internet unter:  [www.industrie-energieeffizienz.de](http://www.industrie-energieeffizienz.de)

## VERANSTALTUNGSKALENDER

**Für die Anmeldung zu den nachstehenden Lehrgängen nehmen Sie bitte Kontakt auf mit: Frau Anja Schönberger, ☎ (0681) 95 20-441, ✉ (0681) 5 84 61 25, ✉ [schoenbergera@zpt.de](mailto:schoenbergera@zpt.de)**

**12.02.2008 – 13.02.2008**

*Fortbildung nach § 11 EntsorgungsfachbetriebeVO und § 6 TransportgenehmigungsVO*

**03.03.2008 – 07.03.2008**

*Grundlehrgang § 9 EntsorgungsfachbetriebeVO und § 3 TransportgenehmigungsVO*

**04.03.2008**

*Rechtssicherheit im Verantwortungsbereich technischer Führungskräfte*

**12.03.2008 – 12.06.2008**

*Der QM-Beauftragte und Fachauditor*

**02.04.2008 – 04.04.2008**

*Richtiger Umgang und Handel mit Gefahrstoffen (mit Sachkundeprüfung)*

**06.05.2008 – 09.05.2008**

*Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz*

**14.05.2008 – 15.05.2008**

*Fortbildung für Abfallbeauftragte*

**27.05.2008 – 30.05.2008**

*Betriebsbeauftragte für Abfall*

**03.06.2008 – 04.06.2008**

*Fortbildung für Immissionsschutzbeauftragte*

**16.06.2008 – 20.06.2008**

*Betriebsbeauftragte für Immissionsschutz*

**24.06.2008**

*Richtiger Umgang mit Gefahrstoffen und wassergefährdenden Stoffen im Betrieb*

## FÜR SIE GELESEN

### Jahrbuch Erneuerbare Energien 2007

Das Jahrbuch Erneuerbare Energien liegt in seiner vierten Ausgabe vor und gilt inzwischen als Standardwerk. Anhand zahlreicher Hintergrundinformationen bietet es einen umfassenden Überblick über die Marktentwicklung in Deutschland, bestehende Förderinstrumente, die politischen Rahmenbedingungen und die Bedeutung der Erneuerbaren Energien in der europäischen und internationalen Energieversorgung. Darüber hinaus werden die mittel- und langfristigen Perspektiven beleuchtet.

Ein umfangreicher statistischer Teil auf CD-ROM mit mehr als 450 Tabellen und Abbildungen im jeweiligen Quell- und im PDF-Format, auch zum Ausdrucken, macht das Jahrbuch Erneuerbare Energien zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk. Neben Daten zur zeitlichen Entwicklung der Energiebereitstellung aus Windenergie, Biomasse, Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie finden sich hier Informationen zur Bedeutung für den Strom-, Wärme- und Kraftstoffmarkt, zum Klimaschutz-Beitrag, zu Kosten und vielem mehr.

Bieberstein VERLAG & AGENTUR, Reichsstraße 19, D-01445 Radebeul, ✉ [jee@bieberstein.com](mailto:jee@bieberstein.com),   
[www.bieberstein.com](http://www.bieberstein.com), ISBN 978-3-927656-19-2.

## RECYCLINGBÖRSE

Die **IHK-Recyclingbörse** ist eine vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) koordinierte bundesweite Börse, die dazu dient, gewerbliche Produktionsrückstände der Wiederverwertung zuzuführen.

Interessenten wenden sich bitte unter Angabe der Chiffre-Nr. schriftlich an die IHK Saarland, Geschäftsbereich Wirtschaftspolitik, Frau Altmeyer-Lorke, 66104 Saarbrücken. Die IHK schickt die Angebote ungeöffnet an die Inserenten. Sie hat keinen Einfluss darauf, ob sich der Inserent mit dem Interessenten in Verbindung setzen wird. Mündliche Anfragen können wegen der vereinbarten Vertraulichkeit nicht beantwortet werden.

Über die Internet-Adresse  <http://recy.ihk.de> hat außerdem jeder Internet-Teilnehmer die Möglichkeit, nach für ihn brauchbaren Angeboten bundesweit zu suchen.

### Angebote

Chiffre-Nummer	Bezeichnung des Stoffes	Menge	Anfallstelle
<b>Chemikalien</b>			
HAL-A-449-01	Blendex 865	4580 kg	Queis
LU-A-1334-01	Quecksilber reinst, Hersteller Merck		Ludwigshafen
LU-A-1338-01	Methylenchlorid	1,8 t	Weilerbach
<b>Kunststoffe</b>			
LU-A-1337-02	GFK-Tanks für viskose Flüssigkeiten	65000 l	Weilerbach
R-A-638-02	Schaumstoffschnittreste	Absprache	Gewerbegebiet Haslbach
SB-A-815-02	Kunststoff-Tanks in Gitterbox auf Palette (IBC-Behälter) 640 l u. 1000 l	Absprache	Saarland
SB-A-853-02	PE-Schrumpfhauben 1250/850.2200x0,80 mm	Absprache	Saarland
SB-A-854-02	PE-Schrumpfhauben 1250/1000x2700x0,080 mm	1000 Stck.	Saarland
SB-A-855-02	PE-Schrumpfhauben 1500/1250.2200x0,080 mm	600 Stck.	Saarland
SB-A-858-02	Kunststoff-Fässer lebensmittelecht 150-250 l	regelmäßig	Saarland

### Metalle

AC-A-1005-03	Reste und übrige Längen von Winkelstahl, Flachstahl, geschweißte Rohre, Rechteckrohre (genaue Liste per Mail abrufbar)		Weilerswist
LIP-A-385-03	neuwertiger Flachdraht 5,00 mm x 1,00 mm, Kupfer E-Cu58/K32	Absprache	Lemgo
LU-A-1336-03	IBC-Gitterboxen, 1 x 1,2 m		Billigheim
TR-A-173-03	Metall/Reifendraht Regelmäßig ca. 40 Tonnen pro Monat Reifendraht, zusammengesetzt aus Federstahl mit geringem Gummianteil, in Containern abzugeben. Kann geliefert, aber auch vom Interessenten abgeholt werden.	40 t	Birresborn, Eifel

### Textilien

TR-A-174-06	Textilfasern aus Altreifenrecycling Regelmäßig ca. 40 Tonnen pro Monat Textilfasern aus Altreifenrecycling, in Containern, evtl. gepresst abzugeben. Kann geliefert, aber auch vom Interessenten abgeholt werden.	40 t	Birresborn, Eifel
-------------	---	------	-------------------

### Glas

AC-A-1004-08	Glasfaser, nicht gezogen	2,5 t	Herzogenrath
--------------	--------------------------	-------	--------------

### Mineralische Stoffe

AR-A-773-10	Leder- und Lammfellreste aus Zuschnitt; 500-1000 kg (Bekleidungs-gewerbe)	Absprache	Medebach
H-A-369-10	Kokosläufer, braun, 2 m breit, variable Längen	6000 qm	Hannover
SB-A-869-11	Stanzplatten	Absprache	Saarlouis
LIP-A-383-15	Coroplast Kupferlitzen, verzinkt PUR 4,00 CL	2800 Absprache	32657 Lemgo
LIP-A-384-15	Coroplast Kupferlitzen, verzinkt LI31 YZ 2 x 4,00	2000 Absprache	32657 Lemgo
PF-A-707-17	Feinsteinzeugbruch Steinzeugbruch	24 t	75417 Mühlacker
KO-A-3285-18	Eternitdachplatten	200 qm	Badenhard
LU-A-1333-18	Basalt Großpflaster, blauschwarz, ca. 11x16 cm	9000 Stck.	Bad Dürkheim

### Nachfragen

Chiffre-Nummer	Bezeichnung des Stoffes	Menge	Anfallstelle
<b>Chemikalien</b>			
KN-N-392-01	Leere und volle, überlagerte Tintenpatronen		
<b>Kunststoffe</b>			
AR-N-245-02	Oktabins gebraucht, Paletten Einweg ge- braucht	150 Stck	
G-N-0074-02	Altkunststoffe und Produktionsabfälle (möglichst sortiert)	100 t	
KO-N-278-02	Styropor-Chips		Rheinland-Pfalz
S-N-577-02	Kunststoff-Produktionsabfälle: PE, PET, PMMA, ABS, PP, PC...	Absprache	Stuttgart
S-N-578-02	Gebrauchte Kunststoffe: PP, PET, LDPE, HDPE...	Absprache	Stuttgart

SB-N-361-02	Kanister, Monitorgehäuse, Big Bag, Kunststoffabfälle ohne PET und PVC, insbesondere POM, PUR, PBT, ASA, PMMA, PA, F4, F6 und ABS verchromt (PP, HDPE, ABS)	200 bis 400 t mtl.	bundesweit
	<b>Metalle</b>		
SB-N-346-03	Hartmetallschrott, gebrauchte Wendeplatten VHM, Schleifschlamm aus VHM, auch Neumaterial	jede	bundesweit
	<b>Holz</b>		
KR-N-268-05	Holz Intakte Einweg-Paletten ca. 80 x 120 cm	Absprache	
SN-N-025-05	Holz		bundesweit
	<b>Sonstiges/Verbundstoffe</b>		
SB-N-292-12	Elektronik und Elektronikschrott aller Art, Geräte und Bauteile	jede	bundesweit